

---

## **+++ Information 11/20 +++**

23.11.2020

### **Schreiben des BSBD an die Landesregierung und die Fraktionen im Landtag**

**Wir fordern Stellenhebungen, Anhebung Eingangsamtes im AvD und Wiedereinführung  
des Anwärtersonderzuschlages für den Justizvollzug**

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitglieder,

nachdem uns bekannt geworden ist, dass in anderen Ressorts im Zusammenhang mit der Haushaltsplanung für den nächsten Haushalt umfangreiche Stellenhebungen vorgesehen sind, haben wir uns mit gleichlautenden Schreiben vom 13.11.2020 an den Ministerpräsidenten, die Finanzministerin, den Justizminister und die Fraktionen im Thüringer Landtag gewandt und darauf hingewiesen, dass während in anderen Bereichen der Landesverwaltung viele Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Beschäftigten vorgenommen wurden und offensichtlich weiter vorgenommen werden sollen, sich die Situation für die Beschäftigten im Justizvollzug sogar noch verschlechtert hat. Neben der latenten, entgegen der gesetzlichen Verpflichtung nun schon über Jahre zu verzeichnenden mangelnden Personalausstattung muss man aus unserer Sicht feststellen, dass der Justizvollzug in Thüringen keine, über bloße Lippenbekenntnisse hinausgehende Wertschätzung erfährt und die Probleme im Justizvollzug von Politik und Regierung wissentlich ignoriert werden. Ein erstes Echo auf unser Schreiben war am 19.11.2020 aus dem TMMJV zu verzeichnen. Am 20.11.2020 folgte ein längeres Telefonat mit Minister Adams, der uns mitgeteilt hat, dass auch für den Justizvollzug Stellen nachgefordert werden sollen. Ich habe darauf aufmerksam gemacht, dass ähnliche Versprechungen bereits im Frühsommer 2019 im Zusammenhang mit dem Wegfall der Stellenobergrenzen erfolgten. Trotz unserer deutlichen Kritik im Beteiligungsverfahren und der Forderung, den Justizvollzug nicht zu benachteiligen, wurden dann doch nur die Stellenobergrenzen für den ohnehin schon privilegierten Bereich der Polizei abgeschafft. Der BSBD war damals übrigens die einzige berufsständische Vertretung im Vollzug, die einen Wegfall der Stellenobergrenzen auch für den Justizvollzug gefordert hat (die Stellungnahmen der Gewerkschaften sind unter <https://beteiligentransparenzdokumentation.thueringer-landtag.de/6-6962/> zu finden). Ich habe auf unsere Forderung nach Anhebung des Eingangsamtes im AvD und insbesondere auch die erforderliche Wiedereinführung des Anwärtersonderzuschlages hingewiesen. Diese Maßnahmen sind aus unserer Sicht überfällig, unter anderem weil die Bediensteten im Justizvollzug rund um die Uhr für schwierige, teilweise schwerkriminelle Menschen unterschiedlicher Nationalitäten mit multiplen Problemen zuständig sind, die an anderer Stelle oft thematisierte Gewalt im öffentlichen Dienst bei uns Dauerthema ist und der Vereinbarkeit von Beruf und Familie auch deutliche Grenzen gesetzt sind. Sicher sind diese Umstände systemimmanent, umso wichtiger ist es aber, diese Tätigkeit durch eine entsprechende Wertschätzung auch zu würdigen. Die Gespräche sollen fortgesetzt werden, eine schriftliche Antwort wurde uns zugesichert. Wir werden Sie/Euch auf dem Laufenden halten....

***J.Bursian, Landesvorsitzender***

Mitglied werden, jetzt! Der Bund der Strafvollzugsbediensteten (BSBD) vertritt als einzige Fachgewerkschaft im Justizvollzug mit nahezu 25.000 Mitgliedern bundesweit die Interessen der Beschäftigten im Justizvollzug. Wir kämpfen für unsere speziellen Interessen - Spezialität ist unsere Stärke, wir wissen, wovon wir reden. Eine Mitgliedschaft im BSBD schließt für einen geringen Mitgliedsbeitrag von 7,00 Euro neben vielen anderen Leistungen (Rechtsschutz, Diensthaftpflicht- und Unfallversicherung) die Mitgliedschaft im dbb (Deutscher Beamtenbund) und tbb (Thüringer Beamtenbund) ein. Für Anwärter ist das erste Jahr der Mitgliedschaft beitragsfrei. Dabei sein, Mitarbeiten, Mitbestimmen – für die Entwicklung unseres Verbandes, des Justizvollzuges und vor allem zur Verbesserung der Situation der Beschäftigten im Justizvollzug.